

**Antrag 20/I/2021**

**SPD-Bezirk Hannover**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Schweriner Weg | Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus haben in unserer Gesellschaft keinen Platz**

- 1 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, den folgenden Antrag in den Niedersächsischen Landtag ein-  
2 zubringen.
- 3 Die erschütternden Morde von Hanau machen uns nach den Morden von Kassel und Halle das dritte Mal  
4 innerhalb kurzer Zeit tief betroffen, sie lassen uns, die Angehörigen und das soziale Umfeld der Mordopfer  
5 fassungslos zurück. Der Rechtsextremismus in Deutschland hat eine neue Qualität erreicht - seine Militanz  
6 ist gewachsen, die Entgrenzung des politischen Diskurses in Deutschland hat dazu beigetragen, dass Men-  
7 schen zu Mördern wurden. Das Gift, das der Rechtspopulismus in den letzten Jahren in die Herzen und Köpfe  
8 der Menschen geträufelt hat, hat Wirkung gezeigt. Wir sind entschlossen, unsere freiheitliche Demokratie  
9 und die Werte eines friedlichen Miteinanders unnachgiebig zu verteidigen. Wir bleiben gemeinsam stark  
10 gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.
- 11 Der Niedersächsische Landtag ächtet die Verbreitung von Hass und Hetze, die das politische Klima zuneh-  
12 mend vergiften und den Nährboden für politische Straftaten gegen Leib und Leben bereiten. Rechtsextre-  
13 mismus, Rassismus und Antisemitismus dürfen in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Jede Form der  
14 Zusammenarbeit mit Rechtsextremisten, ob parlamentarisch oder zivilgesellschaftlich, dürfen wir als De-  
15 mokratinnen und Demokraten in Deutschland nie wieder dulden. Wir als Gesellschaft in diesem Land tra-  
16 gen an dieser Stelle auch 75 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges eine besondere Verantwortung.
- 17 Der Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland war nur möglich, weil die Eliten der Weimarer Repu-  
18 blik den fatalen Irrglauben hatten, man könne die Feinde der Demokratie einhegen, indem man sie einbin-  
19 det. Diesen Fehler darf und wird Deutschland kein zweites Mal machen.
- 20 Neben einer klaren politischen und zivilgesellschaftlichen Abgrenzung müssen unsere Sicherheitsbehör-  
21 den den wachsenden Rechtsterrorismus noch stärker in den Blick nehmen. Drei Mordanschläge in weni-  
22 gen Monaten sind ein überdeutliches Signal. Der Staat muss handeln. Dem Terror müssen nicht nur Worte,  
23 sondern auch Taten entgegengesetzt werden! Gleichzeitig gilt es weiterhin, die Opfer von Hass und Gewalt  
24 bestmöglich zu unterstützen und Rassismus gesamtgesellschaftlich zu begegnen.
- 25

**Empfehlung der Antragskommission**

Erledigt durch gemeinsamen Antrag der Regierungsfractionen im Niedersächsischen Landtag